

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 32.Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011**

**am Donnerstag, den 28.01.2010.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr**

**Sitzungsende: 21:15 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Heijo Hoß (Vorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

**SPD-Fraktion**

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Kurt Barth, Brunhilde Born, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini (ab 20.10 Uhr), Hans-Herbert Pletsch, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht

**Fraktionslos**

Lothar Potthoff

**Entschuldigt:**

**Von der CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger

**SPD-Fraktion**

Werner Knobloch

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ansgar Kraiker

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser

**Von der Verwaltung:**

Bürgermeister Volker Muth

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Stefan Bug (l. Beigeordneter), Thomas Nuhn, Helmut Paulsen, Karl-Heinz Kraft, Kurt

Wenz, Helmut Wenz, Reinhard Karber

**Entschuldigt:**

Dagmar Kemmerling, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Otto Weimar

**Schriftführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Einrichtung eines Bestattungswaldes**  
00/12/2009/06-11
4. **I. Nachtrag zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
10/32/2009/06-11
5. **Haushaltssatzung 2010 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**  
20/1/2010/06-11
6. **Anfragen**
7. **Verschiedenes**

**Inhalt der Verhandlungen:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Gemeindevertreterversammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Schriftführerin, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde.

Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 26 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Herr Hoß gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag:  
Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Elisabeth Wege.
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
  - a) Beschluss über die Ersatzbeschaffung eines Aufsatztellerstreugerätes für das Winterdienstfahrzeug von der Fa. Epoke zum Kaufpreis in Höhe von 21.600,-- € zuzüglich MWSt.
  - b) Beschluss, dem Schützenverein Niederweimar zur Durchführung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Schützenhaus einen Zuschuss von 15 % der zuwendungsfähigen Kosten zu gewähren.
  - c) Beschluss, dass der Förderantrag für das Dokumentationsprojekt zur Geschichte der Gebietsreform im südlichen Kreis Marburg-Biedenkopf

gestellt werden kann. Den Eigenanteil in Höhe von 6.693,-- € trägt die Gemeinde Weimar.

- d) Beschluss, die für die Installation von Photovoltaikanlagen geeigneten Dachflächen zur Vermietung anzubieten.

### 3. **Einrichtung eines Bestattungswaldes**

Drucksache: 00/12/2009/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Lydia Schneider, trug vor, dass seit Aufnahme dieser Idee ja nun beinahe 2 Jahre vergangen seien und es in dieser zurückliegenden Zeit sehr viele Beratungen, Besichtigungen und Beschlüsse sowie Vertragsverhandlungen und vieles mehr gegeben habe. Nun habe sich offenbar die Meinung durchgesetzt, dass die Einrichtung eines Bestattungswaldes eine Bereicherung für die Gemeinde Weimar (Lahn) darstelle und die Initiative der Familie von Heydwohlf zu begrüßen sei.

Die Vorsitzende verwies auf den Beschluss des Gemeindevorstandes vom 26.11.2009, der wie folgt laute:

„Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung, zu beschließen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Bestattungswald in Germershausen zu errichten und den Gemeindevorstand mit der Umsetzung der Maßnahme zu beauftragen.“

Bürgermeister Muth erklärte, dass der Antrag am 11.05. zur parlamentarischen Beratung anstand. Im Vorfeld dazu habe es bereits Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden gegeben. Damals habe man das Thema allerdings als uninteressant erachtet.

Diese Meinung habe sich inzwischen geändert, und er freue sich darüber, dass die Begrifflichkeit geändert und damit die Diskussion wertfrei und ohne Berücksichtigung der auf dem Markt befindlichen Anbieter geführt werden könne. Wenn die Gemeindevertretung den vorgelegten Beschlussvorschlag so verabschiede, so werde das Parlament selbstverständlich weiterhin Herrscher des Verfahrens sein. Der Gemeindevorstand werde ermächtigt, in Detailverhandlungen über die vertraglichen Regelungen zu gehen und, wenn denn dieser öffentliche Friedhof eingerichtet werde, auch eine entsprechende Satzung zu verabschieden.

Der Gemeindevorstand habe eine Arbeitsgruppe gebildet, um mit der Familie von Heydwohlf die weitere Vorgehensweise und Einzelheiten auszuarbeiten. Hier seien für den Februar bereits Gesprächstermine vereinbart.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Bestattungswald in Germershausen zu errichten und den Gemeindevorstand mit der Umsetzung der Maßnahme zu beauftragen.

**Beratungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

### 4. **I. Nachtrag zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 10/32/2009/06-11

Bürgermeister Muth erklärte, dass Grundlage für die Veränderung der Entschädigungssatzung sei, wenn die Entschädigung auf Stundenbasis erfolge,

steuerrechtlich als Entgelt angesehen und daher mit Sozialversicherungsabgaben belegt werde. Dies sei zutage gekommen bei einer Prüfung durch Finanzamt und Rentenversicherung.

Frau Krantz (CDU) erklärte, dass man im Zuge dieser Veränderung gleichzeitig eine Anpassung der Eurobeträge, die seinerzeit von DM in Euro umgerechnet wurden, glätten sollte.

Sie stelle daher den Antrag, die Angelegenheit erneut an den Gemeindevorstand zurückzuüberweisen, damit von dort eine entsprechende Vorlage erarbeitet werden könne.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass im Entwurf des I. Nachtrages bei Artikel I Abs. 2 Nr. 1 der Satz heißen müsse, „wenn ihnen nachweisbar ein Verdienstausschlag entsteht“, und nicht wie formuliert, entstehen kann.

Herr Winfried Laucht (FBW) stellte den Antrag, den Entwurf des I. Nachtrages zur Entschädigungssatzung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen, dort könnten ebenfalls diese Anpassungen erarbeitet werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann zunächst über den weitergehenden Antrag von Frau Krantz (CDU) auf Überweisung in den Gemeindevorstand abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen  
Damit war dieser Antrag abgelehnt.

Sodann wurde über den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss abgestimmt.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden Entwurf der Entschädigungssatzung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**5. Haushaltssatzung 2010 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**  
Drucksache: 20/1/2010/06-11

Bürgermeister Muth verwies darauf, dass nun, nach einem Jahr, im Auftrag des Gemeindevorstandes der 2. doppische Haushalt von ihm vorgelegt werde. Rein äußerlich habe sich der Umfang erheblich reduziert. Das liege darin begründet, dass statt der einzelnen Kostenstellen nun die Darstellung der Teilhaushalte vorgenommen wurde. Das sei zum einen gesetzliche Vorgabe, und zum anderen werde hierdurch eine bessere Übersichtlichkeit erzielt.

An dieser Stelle richtete er seinen besonderen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sowohl an diesem Haushalt als auch an der gesamten Umstellung, die allerdings noch lange nicht abgeschlossen sei, mitgearbeitet hätten.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“, zitierte Bürgermeister Muth den Friedensnobelpreisträger Willi Brand, womit er meine, dass wir trotz aller Probleme gemeinsam optimistisch, sachorientiert und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der Gemeinde gestalten sollten.

Zum aktuellen Haushalt führte er aus:

Im Haushaltsjahr 2010 sei ein Fehlbetrag von 1.340.130,-- € und damit 11 % des Gesamtbetrages der Aufwendungen im Ergebnishaushalt ausgewiesen.

Beispielhaft für diesen Fehlbetrag wolle er folgende Zahlen nennen:

- Die vorzunehmenden Abschreibungen des Anlagevermögens 649.860,--€
- Einnahmeverminderung bei Schlüsselzuweisungen 287.200,-- €
- Einnahmeverminderung am Anteil der Einkommensteuer 270.200,-- €
- Gewerbesteuermindereinnahmen 121.000,-- €

Für 2010 sei eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage bisher noch nicht beschlossen. In diesem Zusammenhang verweise er jedoch darauf, dass in den beiden Vorjahren ein Mehrbetrag von 400.000,-- € geleistet wurde. Die eingeplante Verminderung in diesem Jahr von ca. 138.000,-- € fange diesen bereits geleisteten Mehraufwand nur teilweise auf. Hier sei ein Ungleichgewicht entstanden, das einer dringenden Regulierung bedürfe, denn die Summe, die die Gemeinde an den Kreis zahle, sei höher als die, die die Kommune vom Land erhalte zur Sicherstellung der Pflichtaufgaben.

Er hoffe, dass der Landkreis keine Auflage vom Regierungspräsidium erhalte, den vorgesehenen Kreis- und Schulumlage-Hebesatz zu erhöhen.

Bürgermeister Muth verwies darauf, dass die Ansätze 2010 auf dem Niveau des Vorjahres belassen wurden, trotz steigender Preise, z.B. auf dem Beschaffungssektor. Hierdurch dokumentiere der Gemeindevorstand, der Bürgermeister und die Verwaltung ihren Sparwille.

Rückblick (Haushaltsjahre 2008/2009):

**Im Haushaltsjahr 2008** wurden folgende Einnahmen/Ausgaben beschlossen:

Verwaltungshaushalt 9.659.000,-- €

Vermögenshaushalt 2.080.000,-- €

Wesentlich im Haushaltsjahr 2008 sei die Anhebung der Kreis- und Schulumlage um 231.000,-- € gewesen, wonach ein Gesamtbetrag von 2.927.900,-- € für Kreis- und Schulumlage aufgewendet werden. Das bedeutete, dass die Mehreinnahmen aus den Einkommensteueranteilen von 220.000,-- € fast komplett an den Kreis abgeführt werden mussten.

Im Nachtrag für das Haushaltsjahr 2008 wurden die Gesamtbeträge wie folgt korrigiert:

Verwaltungshaushalt: Einnahme und Ausgabe = 9.612.200,-- €

Vermögenshaushalt: Einnahme und Ausgabe = 1.894.200,-- €

Die zunächst vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 367.100,-- € habe dann durch den beschlossenen Nachtrag entfallen können, so dass keine Kreditaufnahme in 2008 notwendig wurde. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2008 sei wie folgt festgestellt worden:

Verwaltungshaushalt: Einnahme und Ausgabe = 9.480.139,26 €

Vermögenshaushalt: Einnahme und Ausgabe = 937.591,64 €

Die ursprünglich geplante Entnahme aus der Rücklage habe daher von 485.500,- € auf 374.870,33 € reduziert werden können.

**Haushaltsjahr 2009:**

Bürgermeister Muth verwies noch einmal auf die Zahlen und Ergebnisse des ersten doppischen Haushaltes 2009:

**Ergebnishaushalt:**

Erträge	=	8.537.800,-- €
Aufwendungen	=	9.235.680,-- €
Fehlbedarf	=	697.880,-- €

**Finanzhaushalt:**

## Saldo Einzahlungen und Auszahlungen

aus laufender Verwaltungstätigkeit	57.060,-- €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.149.000,-- €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.399.500,-- €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	321.900,-- €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	435.500,-- €
Finanzmittelfehlbedarf	421.160,-- €

Wesentliches Merkmal für den Haushalt 2009, so Bürgermeister Muth, sei wiederum die Kreis- und Schulumlage gewesen, für die die Gemeinde einen weiteren zusätzlichen Betrag von 241.800,-- € habe aufwenden müssen. So mussten auch hier die eingeplanten Mehreinnahmen bei dem Anteil an der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 264.800,-- € beinahe komplett wieder an den Kreis abgeführt werden.

Für Investitionsmaßnahmen sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 321.900,-- € eingeplant gewesen.

In der Genehmigung der Kommunalaufsicht zur Kreditaufnahme, so Bürgermeister Muth weiter, habe der Landrat darauf hingewiesen, dass die Haushaltssituation der Gemeinde Weimar (Lahn) auch im Jahr 2009 angespannt sei. Der Landrat habe weiter darauf hingewiesen, dass durch Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und einer äußersten Ausgabedisziplin darauf hinzuwirken sei, dass keine weitere Verschlechterung der Situation eintrete. Darüber hinaus müssten alle freiwilligen Ausgaben kontinuierlich auf Machbarkeit und Notwendigkeit überprüft werden. Die vorgesehenen Anpassungen in den Gebührenhaushalten (Bürgerhäuser, Friedhöfe) seien sicherlich richtungsweisend, so die Aussage des Landrates.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde habe darauf reagiert und den defizitären Gebührenhaushalt im Bereich Friedhofsgebühren durch Anpassung der Gebührenordnung den Defizitanteil vermindert.

Im Dezember 2009 habe die Gemeindevertretung dann durch den I. Nachtrag für den Haushalt 2009 folgende Gesamtbeträge beschlossen:

**Ergebnishaushalt:**

Erträge	8.487.800,-- €
Aufwendungen	9.421.030,-- €
Fehlbedarf	933.230,-- €

**Finanzhaushalt:**

## Saldo Einzahlungen und Auszahlungen

aus laufender Verwaltungstätigkeit	292.410,-- €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.157.400,-- €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.301.600,-- €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	236.600,-- €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	435.500,-- €
Finanzmittelfehlbedarf	635.510,-- €

Die zunächst vorgesehene Kreditaufnahme von 321.900,-- € habe im Nachtrag auf 236.600,-- € reduziert werden können.

### **Haushaltsjahr 2010:**

Hier stelle sich die Situation wie folgt dar:

### **Ergebnishaushalt:**

Erträge	8.050.500,-- €
Aufwendungen	9.390.630,-- €

### **Finanzhaushalt:**

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.580.650,-- €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.763.500,-- €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	182.850,-- €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	420.900,-- €

Für das Jahr 2010 sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 182.850,-- € vorgesehen, wobei für die Tilgung der Kredite ein Betrag von 420.900,-- € eingeplant wurde.

Mit dem Thema Abwassergebühren habe sich ein gebildeter Akteneinsichtsausschuss in mehreren Sitzungen beschäftigt.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben nach der Eigenkontrollverordnung und die damit verbundenen Sanierungsverpflichtungen sei es unumgänglich, dass die Gemeindevertretung die vorgeschlagene und angekündigte Gebührenerhöhung kurzfristig beschließe.

Die Erhöhung sei in dem vorliegenden Entwurf bei den Erträgen (Abwassergebühren) und den Aufwendungen (Sanierungskosten) entsprechend berücksichtigt und eingeplant.

Im Bereich der Müllentsorgung sei die Rücklage auf ein Volumen von 317.000,-- € angestiegen und werde sich im laufenden Haushaltsjahr um weitere 34.000,--€ erhöhen. Hier müsse, trotz der derzeit laufenden Ausschreibung des Vertrages und der dadurch noch unklaren Situation im Bereich der Kostenentwicklung bzw. auch der Kostenerstattung Papier überlegt werden, ob nicht eine Reduzierung der Gebühren beschlossen werden sollte.

Durch die Anpassung der Gebühren im Bereich Friedhofs- und Bestattungswesen sei das Defizit aus dem Jahre 2009 in Höhe von 66.690,-- € auf 34.030,-- € für das Jahr 2010 reduziert worden.

Im Bereich der Personalkosten seien Mehraufwendungen in Höhe von 190.000,-- € vorgesehen. Dieser Betrag setze sich zusammen aus Kosten für die Zukunftssicherung/Zusatzversorgung der Bediensteten in Höhe von 100.000,--€ Der weitere Mehrbedarf setze sich zusammen aus notwendiger Personalaufstockung im Bauhofbereich um 2 zusätzliche Stellen. Weiterhin sei eine Erhöhung von 3 % aufgrund der anstehenden Tarifverhandlungen eingeplant.

Aufgrund des erheblichen Fehlbetrages bestehe auch für das Haushaltsjahr 2010 die gesetzliche Forderung, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen und zu

beschließen. In dem vorliegenden Entwurf seien die Ursachen beschrieben und mögliche Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführt.

Darüber hinaus seien alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aufgefordert, entsprechende Vorschläge für einen Ausgleich des Ergebnishaushaltes vorzulegen mit verbindlichen Festlegungen eines Konsolidierungszieles.

Er halte hier die Aktivierung einer entsprechenden Arbeitsgruppe für sinnvoll, an der alle Fraktionen sich beteiligen und aktiv mitarbeiten sollten.

Für das Jahr 2010 seien im Finanzplan folgende größere Maßnahmen vorgesehen:

Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Maschinen für den Bauhof	35.000,-- €
Neuanschaffung von Geräten für die Feuerwehr	8.500,-- €
Maßnahme Region Marburger Land (Zuschuss = 31.000,-- €)	63.500,-- €
Investitionszuschuss für die Baulastablösung der Kirchengemeinden (Landeszuschuss= 56.300,-- €)	112.600,-- €
Kindergartengebäude Niederwalgern (Konjunkturprogramm) (Förderung: Bundeszuschuss= 107.000,-- €, Landesdarlehen 203.000,-- €)	390.000,-- €
Sanierung von Sportplätzen	8.000,-- €
Investitionszuschüsse an Sportvereine	5.000,-- €
Dorferneuerung Allna (Landeszuschuss 60.000,-- €)	100.000,-- €

Die Finanzierung der Maßnahmen für die Gewerbefläche in Wenkbach (Teilerwerb und Teilerschließung) sowie dem Mischgebiet vor der Ortslage Roth (Erschließungs-Fertigstellung) sei durch die geplanten Verkaufseinnahmen vorgesehen.

Planung und Anfinanzierung für Straßenausbaumaßnahmen unter Einbeziehung des vorgestellten Finanzierungsmodells:

Wasserlache, Argenstein	15.000,-- €
Obergasse, Untergasse, Hohlweg, Oberweimar	42.000,-- €
Am Hang, Wenkbach	30.000,-- €
Untere Bergstraße, Wenkbach	35.000,-- €
Im Wolfsbach, Wolfshausen (Zufahrt zum Kreisjugendheim)	15.000,-- €
Allgemeiner Straßenbau (Asphaltierungsmaßnahmen)	40.000,-- €
Friedhofserweiterung Niederweimar (Planung und erste Maßnahmen)	20.000,-- €
Friedhof Allna (Mauer und Befestigung)	25.000,-- €
Friedhof Oberweimar (Überdachung)	7.000,-- €
Bürgerhaus Niederweimar (Konjunkturprogramm) (Förderung: Landesdarlehn 275.000,-- €, Gemeinde 55.000,-- €)	339.500,-- €
Bürgerhaus Argenstein (Renovierung und Toilettenanlage mit Einbau eines Behinderten-WC)	25.000,-- €

Er wisse, dass viele der Wünsche aus den Ortsteilen und der Ortsbeiräte damit in diesem Jahr nicht aufgenommen werden konnten. Er sei sich aber sicher, dass die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher Verständnis dafür hätten, dass die

Gemeinde bei einem entsprechenden Fehlbetrag nicht alles habe berücksichtigen können.

Bezüglich des vorliegenden Zahlenwerkes, so Bürgermeister Muth, müssten einige grundsätzliche Bemerkungen gestattet sein.

Es sei ihm völlig unverständlich, wie der Landrat als neu gewählter Präsident des Hessischen Landkreistages mit Wissen um die finanzielle Situation der Kommunen auch in unserem Landkreis ernsthaft die Forderung vertreten könne, zum einen den § 1 Abs. 2 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes zu ändern, der bestimme, dass die Maßnahmen nach diesem Gesetz nicht zu einer Erhöhung der Schulumlage führen dürfen und zum anderen, die an die Aufsichtsbehörde gerichtete Forderung, dass Kreis- und Schulumlagehebesatz zusammen 58 Prozentpunkte der Umlagegrundlage nicht überschreiten dürfen, ersatzlos zu streichen und als nicht mehr zeitgemäß aufgehoben werden solle. In Kombination mit dem defizitären Kreishaushalt und der z.B. punktuellen Stabsstellenmehrung, dem Bau eines nach seiner Meinung unnötigen Gefahrenabwehrzentrums usw., sei alles andere als Verständnis für die Situation der Kommunen und ein Sparwille im eigenen Bereich seitens des Landrates nicht erkennbar.

Er bitte nachdrücklich alle Entscheidungsträger auf Kreisebene, den Entwurf des Kreishaushaltes deutlich zu korrigieren, worauf Gemeindevertreter Lothar Potthoff (parteilos) ausführte, dass es dann keinen Sinn mache, wenn alle Bürgermeister Mitglieder des Kreistages werden wollten.

Die kreisangehörigen Kommunen hätten größtenteils desaströse finanzielle Verhältnisse, bedingt durch die Weltwirtschaftskrise.

Eine grundlegende Verbesserung dieser Situation sei in den nächsten 2 bis 3 Jahren für ihn nicht erkennbar. Es sei zu befürchten, dass sich die kommunale Finanzkraft weiter verschlechtere, schon allein durch die Weitergabe des Defizites des Kreishaushaltes.

An dieser Stelle weise er alle Kreistagsabgeordneten sowie die Mitglieder des Kreisausschusses deutlich auf die Stellungnahme der Bürgermeister zum Entwurf des Kreishaushaltes hin.

Natürlich müsse nicht nur der Landkreis sparen. Auch die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter dieses Hauses seien aufgefordert, Strategien und Alternativen zu entwickeln, die sich langfristig positiv auswirken. Alle freiwilligen Leistungen müssten dabei auf den Prüfstand.

Für die Verwaltung kündige er an, dass für den Bereich der Sach- und Dienstleistungen eine 10 %ige Einsparung trotz bereits eingefrorener Ansätze erreicht werden solle, um so den Sparwillen nochmals zu verdeutlichen.

Er unterbreite als Bürgermeister den Mitgliedern des Parlamentes, den Fraktionsvorsitzenden, das Angebot, wie bereits in den Jahren zuvor, zu den Haushaltsberatungen der Fraktionen zur Verfügung zu stehen.

Er wäre erfreut, wenn man in diesem Jahr einmal Gebrauch davon machen würde. Dieses Angebot des Fraktionsbesuches beziehe sich nicht nur auf die Beratungen um den Haushalt, sondern gelte grundsätzlich.

Für das abgelaufene Jahr bedanke er sich, auch im Namen des Gemeindevorstandes, für die geleistete Arbeit und wünschte allen anwesenden und deren Familien Gesundheit und Wohlergehen für 2010.

Er lege im Auftrag des Gemeindevorstandes die Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm und dem notwendigen Haushaltssicherungskonzept vor und bat um Beratung und Zustimmung.

Dr. Dittrich (CDU) stellte den Antrag, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2010 zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## **6. Anfragen**

### **1. Schriftliche Anfragen:**

- a) Bürgermeister Muth erklärte, dass noch eine Anfrage aus der vergangenen Sitzung zu beantworten sei, in der es um die Reinigung der Feldwege ging.  
Die Reinigung der Feldwege werde immer dann von Seiten des Bauhofes vorgenommen, wenn eine entsprechende Meldung vorliege. Im vergangenen Jahr sei das ca. 10 bis 13 Mal der Fall gewesen. Die Reinigung durch den Bauhof erfolge, wenn ein Verursacher nicht festgestellt werden könne.  
Bei dem angesprochenen Feldweg handele es sich um den Weg zwischen Niederweimar und Wenkbach. Hier hatte ein Landwirt Mist auf sein Feld gefahren und dadurch eine Verunreinigung des geteerten Weges hervorgerufen. Bürgermeister Muth zeigte hierzu beispielhaft Dias.  
Die Reinigung sei einige Tage nach Meldung von dem Landwirt selbst beseitigt worden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzte, dass das auch ohne Feldwegesatzung erledigt wurde und für die Gemeinde keine Kosten entstanden seien.

- b) Folgende schriftliche Anfrage lag vor und wurde von Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) vorgetragen:

Seit dem 01.01.2010 wurde im Zuge der Neukonzeptionierung des Landkreises Marburg-Biedenkopf unter Beteiligung des Kreispräventionsrates und der Kommunen zum Jugendschutz und zur Alkoholprävention ein einheitliches Verfahren für die Erteilung von Ausschankgenehmigungen eingeführt. Hierzu bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden seit Einführung bereits Genehmigungen beantragt?
2. Falls ja, in welchem Umfang wurden aus dem Regelungskatalog entsprechende Auflagen erteilt?

Bürgermeister Muth erklärte, dass die Gemeinden des Landkreises im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe gebildet hätten, bei der die

Themen Flaterate-Saufen, Koma-Saufen und grundsätzlich natürlich die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes Diskussionsgrundlage gewesen seien.

Es wurde sich darauf geeinigt, dass in allen Kommunen die Genehmigung von Veranstaltungen, wie Kirmes, Discoververanstaltungen oder ähnliches die gleichen Bedingungen vorgegeben werden. Dazu gehöre z.B., dass, zumindest bei größeren Veranstaltungen, die Besucher mit unterschiedlich farbigen Armbändern versehen werden, damit so das Theken- und Bedienungspersonal bzw. die aufsichtsführenden Personen wissen, welcher Altersgruppe die Jugendlichen zuzuordnen seien, welche Art von Getränken sie zu sich nehmen dürfen und wie lange die jugendlichen Besucher die Veranstaltung besuchen dürfen. Zum anderen sei der Gemeinde ein verbindlicher Ansprechpartner zu nennen.

Aber all diese Dinge seien ja nicht neu, so der Bürgermeister, da das Jugendschutzgesetz nicht neu sei und diese Regelungen schon immer beinhaltet. Es gehe jetzt lediglich darum, den unkontrollierten Genuss von Alkohol und die Anwesenheit von Jugendlichen bei den Veranstaltungen zu kontrollieren und damit die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes einzuhalten.

Neu sei lediglich, dass bei größeren Veranstaltungen Auflagen gemacht werden hinsichtlich der Einrichtung eines Sicherheitsdienstes.

Im Dezember habe die Gemeinde alle Vereine zu einem Gespräch eingeladen, um den Vereinen die Möglichkeit zu geben, ihre Sorgen vorzutragen, aber auch über die Vorgehensweise zu diskutieren und Bedenken auszuräumen.

Seit Einführung dieses Verfahrens wurden bisher 5 Genehmigungen beantragt, so der Bürgermeister.

Bezüglich der Genehmigungen seien keine besonderen Auflagen erteilt worden, da dies nicht nötig war.

Er als Bürgermeister sei daran interessiert, dass gerade die Vereine, Burschen- und Mädchenschaften, die ja oftmals die Träger von größeren Veranstaltungen seien, diese möglichst stressfrei durchführen können. Er habe kein Interesse daran, seitens der Verwaltung Dinge aufzuerlegen, die nicht notwendig seien. Ihm sei die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen sehr wichtig und so werde er die Vereine bei der Durchführung der Veranstaltungen unterstützen.

Grundsätzlich müsse jedoch dafür gesorgt werden, dass das Jugendschutzgesetz eingehalten werde und dieses Gesetz sei keine Erfindung der Gemeinde Weimar. Er gehe davon aus, dass viele Regelungen in diesem Gesetz unter Umständen den Eltern und evtl. auch den Jugendlichen gar nicht bekannt waren. In diesem Jugendschutzgesetz sei ganz klar geregelt, an wen Alkohol verkauft werden und wer sich in Gaststätten aufhalten dürfe und wie lange.

Es werde nicht so sein, dass die Gemeinde die Regelungen und Auflagen bis in letzter Konsequenz kontrolliere. Aber dort, wo es zu Massenschlägereien oder Alkoholexzessen komme, werde entsprechend eingegriffen.

Bisher habe es bei der Antragstellung keine Probleme gegeben. Es

könne sein, dass es auf Grund des erstellten Flyers zu Unsicherheiten bei den Vereinen gekommen sei, die jedoch sicher inzwischen ausgeräumt werden konnten.

Die Vereine, so Bürgermeister Muth weiter, könnten bei Unklarheiten natürlich jederzeit bei ihm nachfragen. Im Übrigen gehe er davon aus, und dafür wolle er ein großes Lob an die Verantwortlichen richten, dass die Vereins-, Burschen- und Mädchenschaftsführungen verantwortlich mit diesem Thema umgehen.

- c) Die weitere schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion lautete wie folgt und wurde durch Herrn Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender) vorgetragen:

Da mittlerweile feststeht, dass der komplette Kindergarten während der Bauzeit in Containern auf dem Festplatz Niederwalgern untergebracht wird, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was war ausschlaggebend für die Containerlösung?
2. Inwieweit besteht die Möglichkeit, das Gelände am provisorischen Standort für Außenaktivitäten zu nutzen?

Bürgermeister Muth erklärte hierzu, dass inzwischen entschieden wurde, dass die Kinder des Kindergartens Niederwalgern während der Umbauphase in Containern, die auf dem Festplatz Niederwalgern aufgestellt werden, untergebracht werden. Der Begriff Container empfinde er in diesem Zusammenhang unpassend. Unter Containern verstehe man hier mit allen geforderten Vorgaben ausgestattete Unterbringungsmöglichkeiten.

Für die Containerlösung habe man sich nach der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes entschieden.

Zum Hergang der Angelegenheit erklärte der Bürgermeister, dass der Kirchenvorstand am 12.01.2010 beraten habe, ob die Möglichkeit bestehe, im Ev. Gemeindezentrum in Niederwalgern während der Bauphase die Kinder unterzubringen. Die Entscheidung des Kirchenvorstandes sei dann unmittelbar nach der Sitzung übermittelt worden. Er habe sich sehr über die schnelle Mitteilung gefreut, da die Gemeinde an einer zeitnahen Entscheidung interessiert war. Der Gemeindevorstand habe dankenswerterweise alle Möglichkeiten einer Unterbringung ausgelotet, müsse allerdings auch die Verpflichtung der Kirchengemeinde gegenüber ihren eigenen Mitgliedern berücksichtigen.

In den Räumlichkeiten des Gemeindezentrums hätte lediglich eine Gruppe untergebracht werden können, so dass parallel hierzu dennoch eine Containerlösung notwendig geworden wäre. Dieses sei jedoch an diesem Standort nicht zu realisieren gewesen, da der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreichend sei.

Diese Vorgaben hätten dazu geführt, dass sich der Gemeindevorstand für die komplette Containerlösung und den Aufbau auf dem Festplatz entschieden habe.

Diese Container sollen am 03. Februar geliefert und montiert werden. Das werde ca. 1 Woche dauern und sobald sie aufgebaut und angeschlossen seien, könnten sie besichtigt werden. Dieser Zeitpunkt werde dann über die Medien veröffentlicht. Selbstverständlich würden auch die Eltern eingeladen, um sich die Räumlichkeiten anschauen zu können. Er weise noch einmal darauf hin, dass diese Container alles

bieten, was für einen Kindergartenbetrieb notwendig sei. Diese Informationen seien dem Gemeindevorstand, der Elternschaft, dem Personal, dem Ortsbeirat und der Kirchengemeinde mitgeteilt worden. Gerade bei der Kirchengemeinde und dem Ortsbeirat habe man sich sehr herzlich bedankt für die Unterstützung. In dem Termin mit dem Elternbeirat sei noch einmal Stellung genommen worden, warum nun diese Containerlösung zum Tragen kommen musste. Alle Gruppen würden ebenerdig in einem Container untergebracht und natürlich könne auch das pädagogische Konzept während dieser Phase weitergeführt werden.

Möglicherweise werde es zu kleinen Einschränkungen kommen. So könne z.B. der beliebte Morgenkreis in seiner bisherigen Form während der Bauphase nicht durchgeführt werden, da dieser dann in den einzelnen Gruppenräumen stattfindet. Dies sei aber mit den Eltern besprochen, und er gehe davon aus, dass die Eltern mit dieser Lösung einverstanden seien.

Alle Beteiligten wissen, dass es während der grundlegenden Sanierung des Kindergartens Niederwalgern zu Beeinträchtigungen kommen werde.

Das betreffe dann den Teil 2 der Frage bezüglich des Geländes rund um den Fesplatz bzw. die Container.

Natürlich mache es einen Unterschied, ob man am jetzigen Kindergartenstandort direkt in den Garten und zu den Spielgeräten gelangen könne oder man nun, und das sei so eine Einschränkung, in Kauf nehmen müsse, von diesem Außengelände zu dem Spielplatz des jetzigen Kindergartens oder auf dem Spielplatz am „Krummbogen“ gehen zu müssen. Beide Außenspielmöglichkeiten seien in wenigen Fußminuten zu erreichen.

Er habe dem Elternbeirat zugesagt, dass, so bald die Witterung es erlaube, geprüft werde, inwieweit Spielmöglichkeiten direkt am Festplatz, d.h. also direkt neben dem Aufenthaltsort am Container, geschaffen werden können.

Hier werde die Gemeinde schnell und zeitnah reagieren.

## **2. Mündliche Anfragen:**

- a) Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass der Radweg von Niederweimar in Richtung Argenstein, vom Bahnhof in Richtung Süden stets gut geräumt sei. In Richtung Norden sehe man Fahrradfahrer und Jogger umkehren, weil dort nicht geräumt sei. Frau Schneider fragte, wer zuständig sei und warum dieses Stück nicht geräumt werde.

Bürgermeister Muth sagte eine Klärung der Angelegenheit zu.

- b) Frau Schneider wies darauf hin, dass sie in den Artikeln des Bürgermeisters in der Weihnachtsausgabe des gemeindlichen Mitteilungsblattes etwa 30 grammatikalische und Interpunktionsfehler festgestellt habe. Dies werfe kein besonders gutes Licht auf die Verwaltung und sollte möglichst abgestellt werden.

Bürgermeister Muth bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Klärung zu.

## 7. Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende, Herr Heijo Hoß, verwies auf die ihm mitgeteilten Termine, die am Wochenende, 30./31.01.2010, im Rahmen des Dorffjubiläums Niederwalgern stattfinden

06. u.07.02.2010 Allgemeine Rammlerschau KZV Niederweimar,

Folgende Sitzungstermine:

01.03.2010 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,  
02.03.2010 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,  
03.03.2010 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,  
11.03.2010 Gemeindevertretersitzung.

- b) Bürgermeister Muth wies darauf hin, dass für die Zeit vom 28.05. bis 31.05.2010 die Partnergemeinde Slupca, Polen, eingeladen habe. Er bat die Fraktionen, ihm baldmöglichst die teilnehmenden Personen (man habe sich auf ca. 15 Gäste eingestellt) mitzuteilen, damit er frühzeitig die voraussichtliche Besucherzahl nach Slupca übermitteln könne.

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr.

Der Vorsitzende:  
Im Original unterschrieben  
( Heijo Hoß )

Die Schriftführerin:  
Im Original unterschrieben  
( Rita Rohrbach )